

FAQ > PERSONALVERRECHNUNG

Erforderliche Daten für DienstnehmerInnen-Anmeldung

- ✓ Name und Adresse des Dienstnehmers
- ✓ Sozialversicherungsnummer und Geburtsdatum
- ✓ Staatsbürgerschaft
- ✓ Tätigkeitsbezeichnung und Tätigkeitsbeginn
- ✓ Vordienstzeiten (Praxisjahre, Schulzeiten)
- ✓ Bankverbindung
- ✓ bei ausländischen DienstnehmerInnen:
 - Beschäftigungsbewilligung oder
 - Arbeitsgenehmigung oder
 - Befreiungsschein

Wichtig: Krankenstandsbestätigung

Jede Krankmeldung ist dringlich an unsere Personalverrechnung weiterzuleiten damit die "Arbeitsunfähigkeitsmitteilung" an die GKK erfolgen kann.

Vorlagen zum Ausdrucken

- > ["Echter" Dienstvertrag](#)
- > ["Freier" Dienstvertrag](#)

Freie DienstnehmerInnen

Freie DienstnehmerInnen werden **ab 1.1.2008** in die Arbeitslosenversicherung (6%), in den Insolvenzversicherungsfonds (0,55%) und in die betriebliche Mitarbeiter- und Selbstständigenvorsorge (BMSVG) einbezogen (1,53%). Seit 1.1.2008 besteht auch Mitgliedschaft bei der Arbeiterkammer und damit Arbeiterkammerumlagen-Verpflichtung (0,5%). Durch den Bezug von **Kranken- und Wochengeld** (wie Dienstnehmer) wurde der Krankenversicherungsbeitrag auf 7,65% angehoben. Insgesamt beträgt die Beitragsleistung für freie DienstnehmerInnen damit 40,43% (bisher 31,3%), davon trägt die freie DienstnehmerIn 17,62% (bisher 13,85%) und die DienstgeberIn 22,81% (bisher 17,45%).

Mit den durch das Abgabenänderungsgesetz 2009 erfolgten Änderungen haben DienstgeberInnen ab 1.1.2010 auch für freie DienstnehmerInnen – analog der Situation bei echten DienstnehmerInnen – die Lohnnebenkosten zu entrichten:

- Kommunalsteuer (3 %)
- DienstgeberInnenbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (4,5 %)
- Zuschlag zum DienstgeberInnenbeitrag zum Familienausgleichsfonds (0,4 % derzeit in Wien)

Abgabenrechtlich besteht mit dem Inkrafttreten dieser gesetzlichen Änderung kaum mehr ein Unterschied zum echten Dienstnehmer, da ja freie Dienstnehmer bereits seit 1.1.2008 ebenfalls in das System der Abfertigung "neu", in die Arbeitslosenversicherung sowie in die AK-Umlagenpflicht und in die IESG-Beitragspflicht einbezogen wurden.

Trotz der abgabenrechtlich vorgenommenen Einschränkungen kann der freie Dienstvertrag nach wie vor eine sinnvolle und auch aus DienstgeberInnen-sicht empfehlenswerte vertragliche Grundlage bilden, da arbeitsrechtlich die entsprechenden kollektivvertraglichen Normen und Spezialgesetze (Angestelltengesetz, Urlaubsgesetz, Arbeitszeitgesetz, Arbeitsverfassungsgesetz etc.) nicht auf Freie DienstnehmerInnen anwendbar sind.

Geringfügig beschäftigte DienstnehmerInnen

Eine geringfügige Beschäftigung liegt vor:

(Stand 1/2016)

- wenn das Beschäftigungsverhältnis für mindestens einen Kalendermonat oder auf unbestimmte Zeit vereinbart ist und im Kalendermonat kein höheres Entgelt als € 415,72 gebührt.
- wenn die Beschäftigung für eine kürzere Zeit als einen Kalendermonat vereinbart ist und für einen Arbeitstag im Durchschnitt ein Entgelt von € 31,92 insgesamt jedoch höchstens € 415,72 gebührt.

Bei befristeten Dienstverhältnissen unter einem Kalendermonat gilt immer sowohl die maximale Tagesgrenze von € 31,92 als auch die maximale Monatsgrenze von € 415,72.

Bei der Feststellung von Geringfügigkeit sind Sonderzahlungen nicht miteinzubeziehen.

Merkmale einer geringfügigen Beschäftigung:

- keine Vollversicherung
- keine Arbeitslosenversicherung
- 1,4% Unfallversicherung zuzüglich 1,53% Mitarbeitervorsorge (MV), (beides vom Dienstgeber zu zahlen)
- Beitragszeitraum ist das Kalenderjahr (monatl. Vorauszahlung möglich)

Aber!

Dienstgeber - Dienstgeberabgabe!

Der Dienstgeber hat eine Dienstgeberabgabe (17,8%) zu entrichten, wenn die Lohnsumme (ohne Sonderzahlungen) aller bei ihm geringfügig Beschäftigten das 1 ½ fache der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze (€ 608,97) übersteigt. Wird dieser Betrag überschritten, ist die Dienstgeberabgabe von der Lohnsumme inkl. Sonderzahlungen zu entrichten.

Dienstnehmer - Nachzahlung

Die Geringfügigkeitsgrenze gilt nicht pro Beschäftigungsverhältnis, sondern für alle Beschäftigungsverhältnisse. Ist der Verdienst mehr als € 405,98 ist der Dienstnehmer vollversichert. Neben einem vollversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis ist auch das geringfügige Beschäftigungsverhältnis vollversicherungspflichtig.

Die Beiträge werden dem Dienstnehmer von der Krankenkasse einmal jährlich vorgeschrieben. Eine monatliche Vorauszahlung ist möglich. Der Beitragssatz beträgt für Angestellte 13,65% und für Arbeiter 14,2%.

Selbstversicherung bei geringfügiger Beschäftigung

Der monatliche Beitrag beträgt: € 58,68 (Stand 2016 / 2015: € 57,30 / 2014: € 55,79)

Krankengeld: ca € 4,98 täglich (Stand 2016)

Wohngeld: ca € 8,91 täglich (Stand 2016)

Unterschied zwischen geringfügig beschäftigtem "echter DN" und "freiem DN"

Beim „echten“ Dienstvertrag sind alle arbeitsrechtlichen Vorschriften anzuwenden, d.h. der Dienstnehmer hat Anspruch auf den gesetzlichen Urlaub, Entgeltfortzahlung während eines Krankenstandes, usw...

Neben den arbeitsrechtlichen Vorschriften ist auch der Kollektivvertrag anwendbar.
Auf DG-Seite fallen die Nebenkosten wie DB, DZ, Kommunalsteuer an.

In steuerlicher Hinsicht hat der „echte“ DN Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit, hingegen der „freie“ DN Einkünfte aus selbständiger Arbeit / Gewerbebetrieb.

www.amcur.at > FAQ > Personlaverrechnung